

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 08.12.2015
Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 16:30 Uhr - 19:50 Uhr
Vorsitz: Herr Bürgermeister Philipp Rochold

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 13 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion	dienstlich
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Hans-Joachim Siegel	Fraktion DIE LINKE	dienstlich

Unentschuldigt

Herr Klaus Möstl	sachkundiger Einwohner
------------------	------------------------

Frühzeitiges Verlassen

Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18:00 Uhr, TOP 4.1, privat
Frau Solveig Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	17:50 Uhr, TOP 4.1 privat
Frau Almut Friederike Patt	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	17:22 Uhr, TOP 4.1, privat
Herr Michael Walter	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	19:35 Uhr, TOP 5.2,
Herr Ralph Beckert	sachkundiger Einwohner	19:40 Uhr, TOP 5.2, privat
Herr Peter Borm	sachkundiger Einwohner	17:58 Uhr, TOP 4.1, privat
Frau Rebecca Thielemann	sachkundige Einwohnerin	19:30 Uhr, TOP 5.2, privat

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	
Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Alexander Haentjens	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	
Frau Solveig Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	
Frau Angela Müller	Fraktion DIE LINKE	
Frau Almut Friederike Patt	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	
Frau Katrin Pritscha	Fraktion Die Linke	
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion	
Herr Michael Walter	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	...

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Hubert Gintschel	Fraktion DIE LINKE	Vertretung für Frau Schaper
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	Vertretung für Frau Barthold
Frau Dagmar Weidauer	Fraktion DIE LINKE	Vertretung für Herrn Siegel

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Herr Peter Borm
Frau Christine Pastor
Frau Kerstin Seidel
Frau Rebecca Thielemann

weitere Stadtratsmitglieder

Herr Andreas Wolf-Kather Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN bis 19:17 Uhr, TOP 5.2

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Marion Bauer Sachbearbeiterin Abt. 53.1
Herr Hans-Jürgen Gehrmann Abteilungsleiter Abt. 53.1
Herr Jörg Grosche Leiter Suchtberatung Amt 53
Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5
Herr Dr. Harald Uerlings Amtsarzt, Amtsleiter Amt 53
Frau Cornelia Utech Amtsleiterin Amt 50
Frau Dr. Nicola Wagner Sachgebietsleiterin SG 50.03

Schriftführerin

Frau Ingeburg Ludwig Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende, Herr Bürgermeister Rochold**, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 01.10.2015
-

Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

- 4 Beschlussvorlagen an den Sozialausschuss
-

- 4.1 Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege - Haushaltsjahr 2016
Vorlage: B-241/2015 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
-

Zur Beschlussvorlage wurden eine Änderung der Verwaltung und eine Stellungnahme des Behindertenbeirates ausgereicht.

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) zeigt zur lfd. Nr. 19 - Maßnahme Modelleinrichtung „Leimtopf“ Bernsdorf – Befangenheit an.

Frau Dr. Wagner (Sachgebietsleiterin Sachgebiet 50.03) erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Bürgermeister Rochold weist darauf hin, dass der von **Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE)** ausgereichte Änderungsantrag unzulässig ist.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Änderungsantrag bewusst mit diesem Inhalt gestellt wurde, weil den Stadtratsmitgliedern vorher nicht bekannt war, dass diese Deckung ein Problem darstellen könnte. Zudem kann nicht die Aufgabe der Stadtratsmitglieder darin bestehen, hierfür eine Deckungsquelle zu finden, weil mit dem Beschluss B-294/2014 ein klarer Auftrag an die Verwaltung zur Durchfinanzierung ergangen sei. **Herr Rochold** erinnert daran, dass er bereits in der Beratung des Änderungsantrages zur Beschlussvorlage B-294/2014 auf die fehlende Deckungsquelle im Budget aufmerksam gemacht habe.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) stellt fest, dass der Beschluss vom 04.12.2014 zumindest zu 50 % eingearbeitet werden konnte und einen Quantensprung für die Begegnungsstätten darstelle. Er hätte sich gewünscht, dass die beiden nicht einberufenen Sitzungen des Sozialausschusses zur Verständigung für die Umsetzung des Beschlusses B-294/2014 vom 04.12.2014 genutzt werden. Ihn interessiert, ob die Schreiben des Amtes 50 an die freien Träger mit der Beschlusslage vom 04.12.2014 versandt wurden und wie der Rücklauf dazu eingeschätzt werde.

Herr Rochold erklärt, dass die beiden Sitzungen nicht einberufen wurden, weil keine Vorlagen zur Vorberatung, zur Entscheidung bzw. zur Kenntnisnahme angemeldet wurden.

Frau Dr. Wagner erklärt, dass die Verwaltung mit den Antragstellern kommuniziert habe, so u. a. in einem e_Rundbrief Wohlfahrtspflege vom 22.05.2015 im Vorfeld der Antragstellung am 31.05.2015 für das Folgejahr. Die Verwaltung ist sehr ernsthaft von der Beschlusslage im Dezember 2014 ausgegangen und habe die Träger aufgefordert, die Kosten in Umsetzung dieses Beschlusses mit ihrem Antrag entsprechend zu stellen. Im Schreiben des Amtes 50 wurde den Antragstellern entsprechend der Handlungsmöglichkeiten des Amtes 50 mit Stand vom 08.07.2015 u. a. mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, im Jahr 2016 zur Förderung der Projekte eine Zuwendung in Höhe des Vorjahres auszureichen. Alles in der Beschlussvorlage darüber hinaus Aufgeführte stelle einen planerischen Versuch der gemeinsamen Umsetzung des Beschlusses mit Hilfe der Stadtratsmitglieder dar. **Frau Utech (Amtsleiterin Amt 50)** ergänzt, dass weiterhin in der Arbeitsgruppe „Begegnungsstättenkonzept“ darüber informiert wurde und regelmäßig mit der Liga der Wohlfahrtsverbände dazu kommuniziert, auch den Arbeitsstand der Beschlussvorlage betreffend.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) verweist im Zusammenhang mit der Nichteinberufung der beiden Sitzungen des Sozialausschusses auf die Regelung nach § 41 Abs. 1, Satz 1 SächsGemO. Da seiner Meinung nach hierzu eine eindeutige Klärung herbeigeführt werden müsse, wird er diese Möglichkeit in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 10.12.2015 ansprechen. Er vertritt die Auffassung, dass mit dem Beschluss der Förderrichtlinie ein verbindlicher Arbeitsauftrag für die Verwaltung ausgelöst wurde. Deshalb bestehen die Ausschussmitglieder darauf, dass dieser von der Verwaltung erfüllt werde. Der Hinweis von Herrn Rochold, wonach bei der Mittelbereitstellung ein Problem auftreten könnte, sei nur teilweise zutreffend, weil die Richtlinie erst zum 01.01.2016 in Kraft trete und die Deckungsquelle im vergangenen Jahr noch nicht erbracht werden musste.

Deshalb hätte nach der Haushaltsaufstellung für 2016 frühzeitig und nach der Haushaltsklausur zwingend auf das Problem aufmerksam gemacht und sich im Sozialausschuss verständigt werden müssen, ob die Förderrichtlinie möglicherweise zu ändern ist. **Herr Rochold** betont, dass ihm für den Sozialbereich ein bestimmtes Budget zur Verfügung steht und die Finanzhoheit in der Gesamtheit beim Stadtrat liege.

Die **Stadträtin Frau Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** bedauert, dass das Problem der fehlenden Deckungsmittel für den Mehrbedarf in Höhe von 205,381,00 € im Ausschuss nicht vorher thematisiert und diskutiert wurde. Deshalb würde sie sehr die regelmäßige Durchführung der Sitzungen des Sozialausschusses begrüßen und ihre Anregung für eine Vorberatung auf die Sitzung seitens der Verwaltung aufgegriffen werden könnte. Sie unterstreicht das Ziel der Umsetzung des gefassten Beschlusses. **Herr Rochold** erklärt, dass er in der Verwaltung mehrfach auf diesen Beschluss hingewiesen habe. Da aber keine Mittel dafür bereitgestellt wurden, sehe er nur die Möglichkeit der Beantragung der Mittel durch die Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatung im Stadtrat.

Herr Vieweg ist unklar, dass mit der Kenntnis der fehlenden Mittel für die Begegnungsstätten durch den Vorsitzenden keine Sitzung des Sozialausschusses einberufen wurde. **Herr Rochold** teilt mit, dass er darüber am 03.09.2015 noch nicht informieren konnte, weil der Haushalt der Stadt für das Jahr 2016 erst in der Sitzung des Stadtrates am 25.11.2015 eingebracht wurde. Insofern findet auch die Beratung über die Teilhaushaltsplanentwürfe 2016 für die Ämter 50 und 53 in der Sitzung des Sozialausschusses am 14.01.2016 statt. In dieser erhalten die Ausschussmitglieder auch die erforderlichen Informationen.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) unterstützt den Vorschlag von Herrn Gintschel, wonach um eine höhere Flexibilität zur Einberufung der Sitzungen des Sozialausschusses gebeten werde.

Auf die Nachfrage von **Frau Pritscha**, wie die Umsetzung des Beschlusses erfolgen könne, informiert **Herr Rochold** über die Terminalschiene zur Aufstellung des Haushaltes für 2016 und dass er und Frau Utech zu den entsprechenden Beratungen auf die Beschlusslage und die fehlende Deckung der Mittel hingewiesen habe, jedoch ohne Erfolg. **Herr Rochold** zeigt die Auswirkungen auf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden freiwilligen Leistungen in den Ämtern auf, wenn sie als mögliche Deckungsquelle zur Umsetzung des Beschlusses B-294/2014 dienen würden.

Herr Gintschel bittet Herrn Rochold in Vorbereitung auf die Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 10.12.2015 das Gespräch mit der Oberbürgermeisterin zu suchen, weil er auch das Problem zur Umsetzung des Beschlusses B-294/2014 in dieser Sitzung ansprechen werde.

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bedauert sehr, dass die Umsetzung des Beschlusses nicht von der Kämmerei unterstützt wurde. Deshalb sollte Herr Rochold auch im Auftrag des Sozialausschusses in der DOB nochmals auf die eindeutige Beschlusslage hinweisen, um eine positive Klärung zu erzielen. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses müsse über die Möglichkeiten informiert werden.

Herr Stadtrat Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) ist der Auffassung, wenn ein befasster Beschluss bei der Mittelverteilung und bei der Bereitstellung von Deckungsquellen in der Kämmerei übergangen wurde, auch von diesem Amt nach einer Deckungsquelle gesucht werden müsse. Deshalb ist die nochmalige Kommu-

nikation zwischen Herrn Rochold und dem Kämmerer erforderlich, gleichwohl der Zeitplan sehr knapp bemessen ist.

Frau Stadträtin Weidauer (Fraktion DIE LINKE) beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten zur überfraktionellen Verständigung der Stadtratsmitglieder. **Herr Rochold** gibt diesem Antrag statt.

Sitzungsunterbrechung von 17:48 bis 17:58 Uhr

Frau Pritscha stellt im Namen der anwesenden Stadtratsmitglieder folgenden Änderungsantrag:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Sozialausschusses am 14.01.2016 mögliche Deckungsquellen aus dem Gesamthaushalt der Stadt Chemnitz zur Umsetzung des Beschlusses B-294/2014 vom 4.12.2014 vorzulegen.

(Der ursprüngliche Beschlussvorschlag bleibt als Punkt 1 erhalten)“

Abstimmung zum Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Abstimmung zur Verteilung der Zuwendungen an Träger der freien Wohlfahrts-
pflege gemäß Anlage 3, Tabellenteil B ohne lfd. Nr. 19

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (10 Ja-Stimmen)

Abstimmung zur Verteilung der Zuwendungen an Träger der freien Wohlfahrts-
pflege gemäß Anlage 3, Tabellenteil B lfd. Nr. 19

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (9 Ja-Stimmen)

Ein Stadtratsmitglied des Sozialausschusses hat gemäß § 20 SächsGemO nicht an der Beratung und Entscheidung zur Maßnahme mit der lfd. Nr. 19 teilgenommen.

Beschluss B-241/2015

1. Der Sozialausschuss beschließt die Bereitstellung von Zuwendungen an freie Träger der Wohlfahrtspflege für soziale Dienste im Jahr 2016 auf der Grundlage der Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit – FRL-JSG in einer Gesamthöhe von 2.044.927,00 € und die Verteilung der Zuwendungen an Träger der freien Wohlfahrtspflege entsprechend des Maßnahmeplanes soziale Dienste (Anlage 3, Tabellenteil B) unter Vorbehalt des Erlasses der Haushaltssatzung.

Bis zum Zeitpunkt dieses Erlasses wird die Fördersumme je Dienst quartalsweise in Höhe von 25% gemäß Anlage 3, Tabellenteil B dieser Beschlussvorlage bewilligt und an die Träger der Wohlfahrtspflege für soziale Dienste ausgezahlt.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Sozialausschusses am 14.01.2016 mögliche Deckungsquellen aus dem Gesamthaushalt der Stadt Chemnitz zur Umsetzung des Beschlusses B-294/2014 vom 4.12.2014 vorzulegen.

4.2 Förderung von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2016
Vorlage: B-298/2015 Einreicher: Dezernat 5/Amt 53

Herr Gehrman (Abteilungsleiter 53.1) begründet die Beschlussvorlage.

Beschluss B-298/2015

Der Sozialausschuss beschließt die Zuwendungen an die Träger der Freien Wohl-

fahrtspflege für das Jahr 2016 auf der Grundlage der Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit (FRL-JSG) in der Gesamthöhe von 1.117.425 Euro und die Verteilung der Zuwendungen unter Vorbehalt des Erlasses der Haushaltssatzung 2016.

Bis zum Zeitpunkt dieses Erlasses wird die Fördersumme 2016 quartalsweise in Höhe von 25 % gemäß der ausgewiesenen Gesamtsumme laut Anlage 5, Seite 1, Spalte 2 dieser Beschlussvorlage bewilligt und an die Träger der Freien Wohlfahrtspflege ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

5 Verschiedenes

5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Rochold informiert zum Suchtgipfel, welcher im Rahmen der 14. Sicherheitskonferenz des Kriminalpräventiven Rates am 11.11.2015 stattgefunden habe. **Herr Grosche (Leiter Suchtberatung Amt 53)** nimmt die Auswertung mittels PowerPoint-Präsentation vor:

Folgende Vorträge wurden gehalten:

- „Rauschgiftkriminalität im Bereich der PD Chemnitz-Erzgebirge“
- „Crystal Meth (CM) – Ein wachsendes Problem in unserer Region?“
Substanzwirkungen, Epidemiologie, Folgen, Suchtpotenzial und Interventionsmöglichkeiten
- „Wir vernetzen Vielfalt - Runder Drogentisch Hannover und Drogenbeirat Leipzig“

Ausgehend von der Information zur Suchtberatung der freien Träger in der Sitzung des Sozialausschusses am 23.04.2015 und der daraus resultierenden Stellungnahme der Verwaltung entsprechend der vier Handlungsschwerpunkte zur Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2015 sollen die Aktivitäten zur Stärkung und Weiterentwicklung der Suchtprävention und Suchtberatung in der Stadt Chemnitz im Jahr 2016 wie folgt fortgesetzt werden:

- Einstellung der ermittelten zusätzlichen Haushaltsmittel gemäß der Beschlussvorlage B-298/2015 zur Förderung von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2016
- Verbesserung der Koordination aller Beteiligten durch Berufung einer/eines Suchtbeauftragten für die Stadt Chemnitz
- Fortsetzung der Zusammenarbeit aller am Prozess Beteiligten (Runder Tisch Sucht, Kriminalpräventiver Rat, Arbeitskreis Suchtkrankenhilfe)
- Aktualisierung des Regionalen Psychiatrieplanes der Stadt Chemnitz (Abschnitt Sucht) mit Hilfe aller beteiligten Trägervereine

Der regelmäßige Informationsaustausch aller Beteiligten im Bereich der illegalen Drogen, sowohl der Behörden als auch des Hilfesystems, ist für ein relativ umfassendes „Lagebild“ unabdingbar. Hierbei sollte die Rolle eines jeden bekannt sein und von den Partnern respektiert werden.

Eine professionsübergreifende und abgestimmte Strategie hilft, diese Zusammenarbeit nach außen darzustellen und sich gemeinsam in die gleiche Richtung zu bewegen.

Auch, wenn aktuell die Flüchtlingssituation insbesondere für die Behörden die größte Herausforderung darstellen wird, so darf die Gesamtproblematik, die hinter dem Konsum illegaler Drogen sowie der entsprechenden Abhängigkeit einhergeht, nicht vernachlässigt werden.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) regt an, dass sich im Nachgang zum stattgefundenen Suchtgipfel der Sozialausschuss in einer Sitzung nochmals mit dem Thema Crystal Meth befasse und Herr Prof. Dr. Mühlig, Lehrstuhl für Klinische Psychologie und Psychotherapie, TU Chemnitz hinzugezogen werde. **Herr Rochold** sagt auf Bitte von Herrn Dr. Haentjens die Ausreichung der Präsentation und Vorträge zu.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) wirft die Frage der Anbindung der Stelle des Suchtbeauftragten auf. **Herr Dr. med. Uerlings (Amtsleiter Amt 53)** informiert, dass in der Stadt Chemnitz bereits gute Strukturen in der Suchtberatung bestehen, die für die Betroffenen Hilfe und Unterstützung leisten. Es ist vorgesehen, dass eine spezielle Gruppe mit von anderen Drogen gefährdeten Personen gebildet und von Mitarbeitern des Amtes 53 geleitet werde.

Die **Stadträtin Frau Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** wirft die Frage auf, ob die betriebliche Suchtprävention auch für Wirtschaftsunternehmen angedacht sei. Ferner bittet sie um Auskunft, welche Rolle die Einbeziehung von Anwälten in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft spiele. **Herr Dr. med. Uerlings** legt dar, dass in diese Arbeitsgemeinschaft die im gemeinnützigen Psychosozialen Verbund in der Stadt Chemnitz Tätigen vereinigt sind, mit dem Ziel, auf neue Entwicklungen zu reagieren. Die Mitarbeit von Anwälten etc. erfolge im Arbeitskreis „Sucht“ des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Chemnitz. **Herr Grosche** erklärt, dass bei Bedarf eine betriebliche Suchtprävention entsprechend der Möglichkeiten erfolgen könne. Dazu liegen auch bei den Berufsunfallkassen gute Konzepte vor, die Fachstelle Suchtprävention könne ebenso weiter helfen. Diese Prävention erfolge auf freiwilliger Basis und kostenfrei.

Weil die Berufung eines Suchtbeauftragten haushaltsrelevant sei, hoffe **Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** auf eine zeitige Einbindung der Stadtratsmitglieder. Ausgehend von Beschlüssen des Sächsischen Landtages sehe er die Diskussion zur Legalisierung von Drogen kritisch, weil gegenwärtig zu den Themen Einstiegsdrogen und Einstieg in Drogenkarrieren auch über Cannabis gesprochen werde. **Herr Grosche** legt dar, dass alles vom derzeitigen Kenntnisstand abgeleitet werde, um den Betroffenen entsprechende Hilfe zu geben. Dazu dienen gute Strukturen, mit denen jedoch das Drogen- und Suchtproblem nicht generell beseitigt werden könne. Vielmehr müsse zwischen Abstinenzorientierung und Akzeptanzorientierung im Interesse des öffentlichen Friedens und für die Lebenserhaltung bzw. Schadenminimierung der Betroffenen vorsichtig agiert werden. Man könne nicht erwarten, dass mit Gesetzen Veränderungen von heute auf morgen zu erwirken seien. Deshalb sei eine enge Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden zur Verringerung des Drogenangebotes zu entwickeln, Ergebnisse zu evaluieren und daraus schlussfolgernd entsprechende Handlungsstrategien entwickeln.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) interessiert, ob mit anderen Organisationen, welche den reflektierten Umgang mit Suchtmitteln zum Inhalt haben, zusammengearbeitet werde. **Herr Grosche** teilt mit, dass auch darüber gesprochen wurde und weiterhin in der Arbeit zu berücksichtigen sei. Ob dieses Konzept in Chemnitz umsetzbar sei, müsse abgefragt werden.

Herr Rochold informiert, dass Herr Dr. med. Uerlings seine Ausbildung als Amtsarzt erfolgreich im November dieses Jahres abgeschlossen habe und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg in seiner Tätigkeit.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Bürgermeister Rochold lässt zur Frage eines Stadtratsmitgliedes die Nichtöffentlichkeit der Sitzung um 18:58 Uhr herstellen.

Herstellung der Öffentlichkeit der Sitzung durch **Herrn Bürgermeister Rochold** um 19:45 Uhr.

- 6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden die **Stadträtin Frau Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** bestimmt.

*

*

*

Herr Bürgermeister Rochold schließt die Sitzung.

16.12.15
Datum *gez. Rochold*
 Rochold
 Vorsitzender
 des Ausschusses

16.12.15
Datum *gez. H. Becherer*
 Dr. Becherer
 Mitglied
 des Ausschusses

16.12.15
Datum *gez. A. Haentjens*
 Dr. Haentjens
 Mitglied
 des Ausschusses

14.12.15
Datum *gez. Ludwig*
 Ludwig
 Schriftführerin